

Koinzer, Thomas; Leschinsky, Achim

Privatschulen in Deutschland

Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 5, S. 669-685



Quellenangabe/ Reference:

Koinzer, Thomas; Leschinsky, Achim: Privatschulen in Deutschland - In: Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 5, S. 669-685 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-42678 - DOI: 10.25656/01:4267

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-42678>

<https://doi.org/10.25656/01:4267>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Thementeil: Privatschulen

Kai S. Cortina/Achim Leschinsky/Thomas Koinzer

Einführung in den Thementeil 667

Thomas Koinzer/Achim Leschinsky

Privatschulen in Deutschland 669

Elisabeth Flitner/Agnès van Zanten

Von der Konfessionsschule zum geschützten Sozialmilieu – Entwicklung und
Funktionen des privaten Sektors im französischen Schulsystem 686

Kai S. Cortina/Kristina Frey

Privatschulen in den USA: Geschichte und aktuelle Kontroversen 701

Geoffrey Walford

Private Schools in England 716

Julian Dierkes

Privatschulen und privatwirtschaftliche Zusatzschulen in Japan:
Bildungspolitische Lückenbüßer und Marktlücke 732

Kai S. Cortina/Thomas Koinzer/ Achim Leschinsky

Nachwort: Eine international informierte Prognose zur Entwicklung privater
Schulen in Deutschland 747

Deutscher Bildungsserver

Linktipps zum Thema: „Privatschulen“ 755

Allgemeiner Teil

Colin Cramer/Klaus-Peter Horn/Friedrich Schweitzer

Zur Bedeutsamkeit von Ausbildungskomponenten des Lehramtsstudiums
im Urteil von Erstsemestern 761

Dagmar Hänsel

„Erbe und Schicksal“. Rezeption eines Sonderschulbuchs 781

Matthias Proske

Das soziale Gedächtnis des Unterrichts: Eine Antwort auf das Wirkungsproblem
der Erziehung? 796

Besprechungen

Peter Faulstich

Käte Meyer-Drawe: Diskurse des Lernens 815

Daniel Tröhler

Robert Spaemann: Rousseau – Mensch oder Bürger 817

Josef Keuffer

Vera Kaltwasser: Achtsamkeit in der Schule 820

Christian Beck

Ralf Bohnsack: Qualitative Bild- und Videointerpretation 823

Claudia Peter

Sven Körner: Dicke Kinder – revisited

Henning Schmidt-Semisch/Friedrich Schorb (Hrsg.): Kreuzzug gegen Fette 825

Dokumentation

Pädagogische Neuerscheinungen 830

Impressum..... U 3

Thomas Koinzer/Achim Leschinsky

Privatschulen in Deutschland

Zusammenfassung: Im deutschen Schulsystem ist eine Expansion privater Schulen im allgemein bildenden und beruflichen Bereich zu beobachten. Dabei verzeichnen unterschiedliche Formen privater allgemein bildender Schulen besondere öffentliche Aufmerksamkeit, die sich durch internationale Abschlüsse, bilingualen Unterricht und Ganztagsbetreuung auszeichnen und in deutschen Großstädten etablieren. Aber auch traditionelle Formen in konfessioneller Trägerschaft, Freie Schulen, Waldorf- oder (private) Montessori-Schulen erfahren Zuspruch bei Eltern und Kindern spezifischer gesellschaftlicher Milieus. Der Beitrag beschreibt die quantitative Expansion privater Schulen und lokalisiert ein Bedingungsgefüge aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, rechtlichen und ökonomischen Ursachen hierfür. Zudem werden verallgemeinerbare Folgen für das gesamte deutsche Schulsystem formuliert und ein notwendiges Forschungsprogramm umrissen.

Es sind *Krethi* und *Plethi* oder Analogien zum Automobilbau der Premiumklasse mit denen in Deutschland die Expansion und Etablierung von privaten (gewerblichen) Kindertagesstätten und Schulen beschrieben wird (Stumberger 2008; Handelsblatt vom 3.2.2007). Zur Begründung sozialer Distinktion oder der Durchsetzung von Eliteaspiration im Bildungssystem müssen so wahlweise König Davids zusammen gewürfelter Kriegerhaufen erhalten oder eben die Produkte der deutschen Leitindustrie aus dem süddeutschen Raum. Bezeichnen diese medienwirksamen und öffentliche Aufmerksamkeit heischenden Metaphern eine institutionell neuartige Ausprägung privater Bildungseinrichtungen, verzeichnen auch eher traditionelle Formen privater Schulen in Deutschland deutliche Zuwächse. Dass Privatschulen im Trend liegen, belegen der Erfolg der Kindertagesstätten und Schulen der PHORMS Management AG bzw. diverser bilingualer Metropolitan oder Cosmopolitan Schools ebenso wie der Zulauf zu konfessionellen Schulen, den Freien Schulen, Waldorfschulen oder den (privaten) Montessori-Schulen. Die Heterogenität wie die weltanschauliche und pädagogische Breite dieses Segments des deutschen Schulsystems sind ebenso bemerkenswert wie erklärungsbedürftig. Neben der Distinktionsvermutung, also der unterstellten Absetzung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen von anderen, lässt sich die Expansion in dieser Breite auch als Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung im Bildungsbereich und eines weit hin gestiegenen gesellschaftlichen Bildungsbewusstseins verstehen. Die Diversität der Schulträger bzw. die Aktivitäten sogenannter Non-State Providers werden als Normalisierung im internationalen Vergleich dabei vor allem im Primarschulbereich betont (UNESCO 2007, S. 104f.; Klein 2007). In Deutschland führte dies 2008 u.a. zum Antrag der FDP-Bundestagsfraktion auf Änderung des Grundgesetzes Artikel 7 (Schulwesen), in dem die Streichung von Absatz 5 die vorbehaltlose Zulassung von privaten Volks-, also Grund- und Hauptschulen legalisieren soll (Deutscher Bundestag 2008).

Im Folgenden wird die Entwicklung und aktuelle Expansion des privaten Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland – vor dem Hintergrund der rechtlichen Stellung privater Schulen wie ihrer sozialen und pädagogischen Funktion im Schulsystem – beschrieben (vgl. hierzu auch Ullrich/Strunck 2009). Es wird der Frage nachgegangen, welche gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Ursachen der aktuellen, zunehmend zu beobachtenden Absetzung vom staatlichen allgemein bildenden Schulwesen – auf das sich im Kern bezogen wird – zu bestimmen sind. Schließlich werden verallgemeinerbare Folgen dieser Expansion formuliert, die sich einerseits nachhaltig auf das deutsche Schulsystem insgesamt und andererseits auf seine Steuerung bzw. Steuerbarkeit auswirken könnten.

Die Expansion der Privatschulen

In den zurückliegenden 50 Jahren hat der deutsche Privatschulsektor unterschiedliche quantitative Entwicklungen durchlebt, die sich bis zur Gegenwart grob in drei Phasen einteilen lassen. Zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre gab es – auch in Folge des Anstiegs der Schülerzahlen insgesamt durch die geburtenstarken Jahrgänge in Westdeutschland – ein Anwachsen der Schülerzahl privater Schulen von 278.000 auf 539.000 (vgl. Köhler 1979, S. 176f.). Im Anschluss ist bis etwa 1990 eine Phase relativer Stabilität zu konstatieren, die wiederum vom bis in die Gegenwart anhaltenden Aufschwung abgelöst wurde. So lag der Anteil aller Schüler an privaten Schulen 1975 bei insgesamt 4,4%, wobei private berufliche Schulen der Aus- und Fortbildung bereits damals einen höheren Anteil ausmachten. Die Schülerzahlen differierten bis 1975 nach Schulstufen und -formen sowie nach Bundesländern enorm und zeigten zwar absolut deutliche Steigerungen, vielfach aber bei gleichzeitiger Abnahme des relativen Anteils, weil einzelne Schulformen im gleichen Zeitraum insgesamt deutlich expandierten. Die Zahl der Schüler in Grund- und Hauptschulen stieg im o.g. Zeitraum von ca. 27.000 auf über 45.000 (0,5% auf 0,7%), in Realschulen von ca. 15.800 auf über 34.000 (14,3% auf 8,7%), in Gymnasien von ca. 109.000 auf über 178.000 (13% auf 9,6%) und in Sonderschulen von ca. 15.800 auf 34.000 (14,3% auf 8,7%).

In der zweiten Phase, die im Wesentlichen auch die Expansionsphase des westdeutschen Schulsystems im 20. Jahrhundert war, hat sich die „Kapazität privater Einrichtungen“ weniger stark erhöht als die der staatlichen Schulen (vgl. ebd., S. 184). Im allgemeinbildenden Sektor stagnierte der Anteil privater Schulen bis Mitte der 1980er Jahre auf niedrigem Niveau (vgl. Holtappels/Rösner 1986, S. 217–223). Der massive Ausbau staatlicher Schulen seit Ende der 1960er Jahre begrenzte vermutlich den Bedarf an privaten Ausbildungseinrichtungen. Georg Pichts Kritik am *Strukturplan für das Bildungswesen* (1970) verwies perspektivisch auf diese Entwicklung. In seinem Vorwort zu einer Publikation der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen unterstrich er zwar die Notwendigkeit der im Strukturplan angelegten Expansion des Schulsystems. Denn der Bedarf der Gesellschaft an „qualifizierten und gut adaptierten Nachwuchskräften“ könne anders als durch den vorgeschlagenen umfassenden Ausbau nicht befriedigt werden (vgl. Picht

1971, S. 11). Dabei hob Picht aber vor allem auf die Konsequenzen für das deutsche Privatschulwesen ab. Er lokalisierte zwei sich entgegelaufende Tendenzen, die er als charakteristisch für die Bewusstseinslage der Bundesrepublik Deutschland jener Jahre und damit als fatal-konstitutiv für die Entwicklung der privaten Schulen bezeichnete. Einerseits werde durch den „fortschrittlichen Gedankengehalt“ des Strukturplans ein auch für die privaten Schulen nachhaltig neues pädagogisches Niveau erreicht, das auch für jene „neue Maßstäbe“ setze. Andererseits erweise sich der Strukturplan in seinen „reaktionären Aspekten (...) als eine tödliche Gefahr“ für die Privatschulen. Hier seien Hebel eingebaut, die auf „Gleichschaltung“ und „finanzielle Auszehrung“ der Privatschulen zielten sowie den Staatsmonopolismus im deutschen Schulsystem verfestigten. Institutionalisierte Bildung werde danach lediglich noch organisiert als ein „unterschiedslose(s) Angebot vorpräparierter und ideologie-konformer“ Güter; die Schule werde als Lern- und Unterrichtsschule zementiert. Für die (private) Schule als Ort, wo die ungelösten Probleme der „Ökologie der Kindheit und Jugend“ nicht der Starrheit administrativer Strukturen untergeordnet würden, bedeute dies eine spezifische Herausforderung (vgl. ebd., S. 10f.; vgl. auch Gellert/Ritter 1985).

Die gegenwärtige – nach der deutschen Einheit einsetzende – dritte Phase zeichnet sich durch eine anhaltende Expansion aus, die vor allem unter Berücksichtigung regionaler Entwicklungen bemerkenswert ist. Zwar besetzen im internationalen Vergleich Privatschulen in Deutschland nach wie vor ein relativ kleines, aber – entgegen dem Trend im staatlichen Schulwesen – ein expandierendes Segment (vgl. u.a. Klein 2007; Tab. 1). Dies soll im Folgenden am Beispiel des Anstiegs der Zahl der Schulen und der Schülerschaft, der regionalen Verteilung und der Verteilung der Schüler auf die unterschiedlichen privaten Schulformen verdeutlicht werden. Im Schuljahr 2007/08 gab es in Deutschland 4.946 allgemein bildende und berufliche Privatschulen. Das waren 53% mehr als im Schuljahr 1992/93. Im früheren Bundesgebiet betrug der Zuwachs 21,7%. In den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) ist die Zahl der Privatschulen auf das Fünffache gestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2008, S. 14). Dieser starke Anstieg kann auf einen Nachholbedarf zurück geführt werden, mit alternativen pädagogischer Ideen im allgemein bildenden Bereich zu experimentieren, die in der zentralistischen Bildungspolitik der DDR mit ihrer „verordneten“ Pädagogik keinen Platz hatten. Zudem schuf die Krise der dualen Berufsausbildung in den neuen Ländern ab 1993 eine kaum zu deckende Nachfrage nach seriösen (und weniger seriösen) Ausbildungsalternativen für Jugendliche am Ende der Pflichtschulzeit. Doch selbst als sich die Gesamtzahl aller Schulen infolge des massiven Rückgangs der Schülerzahlen verringerte, erhöhte sich die Zahl der Privatschulen stetig. Zwischen 2000 und 2007 sank die Zahl der Schulen im Osten um 27,7%; die Zahl der Privatschulen jedoch stieg im selben Zeitraum um 59,4% (vgl. ebd.). Der Anteil der Privatschulen bei den allgemein bildenden Schulen im Jahr 2007 betrug 8,5%, bei den beruflichen Schulen 21,4% (vgl. ebd., S. 15).

Dabei sind starke regionale Unterschiede festzustellen. So liegt der Anteil der Privatschulen bspw. im Grundschulbereich in den Stadtstaaten deutlich über dem Durchschnitt von 4,1% (West: 3%, Ost: 8,9%). In Bremen sind 9,9%, in Berlin 12,6% und in Hamburg 13,4% der Schulen in diesem Segment Privatschulen. Aber auch in einzelnen

Flächenstaaten wie Brandenburg (12,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (13,8%) liegt der Anteil privater Grundschulen selbst deutlich über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (vgl. Statistisches Bundesamt 2008, S. 31–40). Allein in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlins) hat sich die Zahl privater Grundschulen von 1992 bis 2007 mehr als Verzehnfacht (vgl. ebd., S. 156–158).

Auch der Anstieg des Schüleranteils ist im zeitlichen Verlauf bemerkenswert (vgl. Abb. 1). Zwischen 1992 und 2007 stieg der Anteil der Schüler an allgemein bildenden Privatschulen von 4,8 auf 7,3%, in Ostdeutschland (einschließlich Berlins) von 0,9 auf 6,1%, in Westdeutschland von 6,1 auf 7,6% (vgl. ebd., S. 156–158; vgl. auch Herbst 2006).

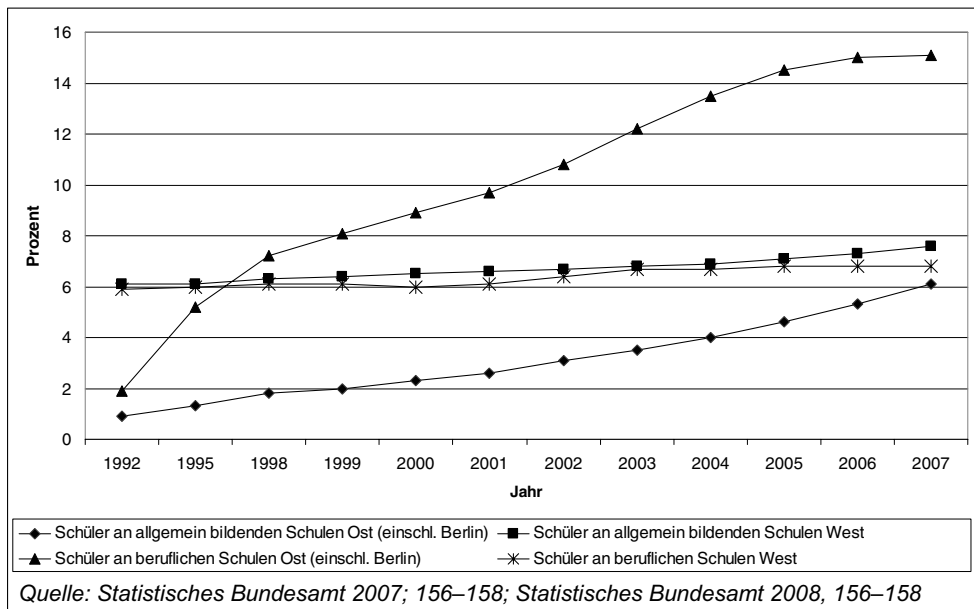


Abb. 1: Schüler an privaten allgemein bildenden und beruflichen Schulen von 1992 bis 2007 (in %)

Insgesamt besuchten im Schuljahr 2007/08 in z.T. starker regionaler Varianz (vgl. Tab. 1) 912.300 Schüler private Schulen, 7,6% aller Schüler allgemein bildender und beruflicher Schulen (Statistisches Bundesamt 2008, S. 156). Der größte Teil der deutschen Privatschüler allgemein bildender Schulen wurde im Schuljahr 2007/08 an Gymnasien unterrichtet (39,9%), gefolgt von Realschulen (16,8%), Freien Waldorfschulen (11,7%) und Grundschulen (11%). Abweichend davon besuchten in den neuen Ländern 33,6% der Privatschüler allgemein bildender Schulen eine Grundschule. In den alten Bundesländern lag ihr entsprechender Anteil bei lediglich 7,8% (Statistisches Bundesamt 2008, S. 17).

	Primarbereich		Sekundarbereich I		Sekundarbereich II	
	staatlich	privat	staatlich	privat	staatlich	privat
Baden-Württemberg	96,0	4,0	92,3	7,7	90,1	9,9
Bayern	95,1	4,9	87,2	12,8	92,0	8,0
Berlin	93,6	6,4	94,4	5,6	93,3	6,7
Brandenburg	95,5	4,5	96,6	3,4	93,8	6,2
Bremen	92,1	7,9	91,5	8,5	96,5	3,5
Hamburg	89,0	11,0	91,8	8,2	95,8	4,2
Hessen	97,9	2,1	93,7	6,3	94,9	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	93,4	6,6	96,8	3,2	92,8	7,2
Niedersachsen	98,6	1,4	93,6	6,4	93,0	7,0
Nordrhein-Westfalen	98,4	1,6	91,3	8,7	90,8	9,2
Rheinland-Pfalz	98,0	2,0	91,8	8,2	92,8	7,2
Saarland	97,9	2,1	90,5	9,5	94,2	5,8
Sachsen	94,8	5,2	94,7	5,3	80,5	19,5
Sachsen-Anhalt	95,5	4,5	96,7	3,3	88,6	11,4
Schleswig-Holstein	96,8	3,2	96,7	3,3	96,9	3,1
Thüringen	96,1	3,9	95,0	5,0	88,3	11,7
Deutschland	96,7	3,3	92,1	7,9	91,4	8,6
OECD-Durchschnitt	91,1	9,5	84,9	12,4	83,2	18,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008, S. 77.

Tab. 1: Anteil der Schüler in staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen im Primar-, Sekundar I- und Sekundar II-Bereich nach Bundesländern und im OECD-Durchschnitt 2006

Aufgeschlüsselt nach Trägerschaft nehmen die konfessionell gebundenen Schulen (katholisch oder evangelisch) mit über 2.800 allgemein bildenden und beruflichen Schulen und über 550.000 Schülern einen sehr hohen Anteil ein. Hinzu kommen 181 Schulen mit über 77.000 Schülern, die im Bund Freier Waldorfschulen organisiert sind, über 1.300 Schulen mit ca. 270.000 Schülern, die im Bundesverband Deutscher Privatschulen und 78 Schulen mit 4.500 Schülern, die im Bundesverband Freier Alternativschulen zusammengeschlossen sind sowie 21 Landerziehungsheime der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime mit ca. 6.000 Schülern (vgl. Klein 2007, S. 11; Ullrich/Strunck, S. 230–233). Internationale Schulen, von denen ca. 50 in ganz Deutschland existieren (Klein 2007, S. 15; Ullrich/Strunck 2009, S. 233), markieren ein weiteres Segment des deutschen Privatschulwesens. Letzteres wird in der aktuellen Expansionsphase erweitert durch Schulträger und deren Schulen, die auch internationale Abschlüsse, i.d.R. einen britischen Schulabschluss und das International Baccalaureate Diploma (IB) neben den deutschen Abschlüssen verleihen, zweisprachig unterrichten und durch Ganztagsbetreuung attraktiv für Eltern und Schüler scheinen und einen neuen Typ privater Schulen mit anhaltendem Zuspruch darstellen.

Zu den Ursachen der gegenwärtigen Expansion

Ob „PISA-Schock“ oder „Rütli-Brief“ – es ist kaum zu bestreiten, dass eine *Negativwahrnehmung staatlicher Bildungsinstitutionen* in Medien und Öffentlichkeit vorherrscht, die den privaten allgemein bildenden Schulen zuarbeitete. Deutsche Eltern stehen unter „Bildungsdruck“; sie haben wenig Vertrauen in das staatliche Bildungswesen, wie die Elternstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Februar 2008 feststellte. Die Kritik am staatlichen Schulwesen folgt dabei bekannten Mustern. Sie reicht von materiell schlecht ausgestatteten Schulen über zu große Klassen, überforderten und wenig engagierten Lehrkräften bis hin zu „wenig innovativen Konzepten“ der Schul- und Unterrichtsgestaltung. Bereits weit vor dem Schuleintritt ihres Nachwuchses nehmen vor allem Eltern der Mittelschicht jede Möglichkeit wahr, ihre Kinder frühzeitig zu fördern. Fällt die Wahl danach nicht gleich auf eine private Grundschule, investieren Eltern in Deutschland viel Geld in privat organisierte Lerngruppen und zusätzliche Lernmaterialien, um den Übergang zum Gymnasium fließend zu gestalten (vgl. Henry-Hutmacher 2008, S. 12).

Gestützt wird diese Bewegung durch eine *Marketisierung des Bildungswesens*, die in den letzten beiden Jahrzehnten auch in Deutschland zu beobachten ist, aber vor allem im internationalen Bildungskontext diskutiert wird (vgl. u.a. Belfield/Levin 2005; Caruso 2009; Chubb/Moe 1990; Ecarius/Wigger 2006; Mitter 1996; Lohmann/Rilling 2002; Wolff/Navarro/González 2005). Mit Schlagworten wie „Konsumentensouveränität“, „parent empowerment“ und „school choice“ soll „Klientenzufriedenheit“ hergestellt werden. Kritik an einer „unzureichenden Angebotssensibilität und -reagibilität“ staatlicher Schulen auf die Wünsche der „Nachfrager“ (Weiß 1993, S. 73) wird zum Motor der Privatisierung. „Marktteilnahme“ wird als Ausdruck von Mündigkeitsbestrebungen und/oder zivilgesellschaftlicher Verantwortungsübernahme formuliert und so für breite (Mittelschicht-)Milieus akzeptabel. Gleichzeitig verspricht eine solche ‚angebotssensible‘ Schule eine Entlastung der Eltern als Hilfslehrer, wie jene sich vor dem Hintergrund der verstärkt wahrgenommenen Delegation schulischer Aufgaben in die Familie sehen (vgl. Henry-Hutmacher 2008, S. 13).

Der Negativwahrnehmung staatlicher Bildung und der Einlagerung marktwirtschaftlicher Elemente im allgemein bildenden Schulwesen korrespondiert ein *Wandel von Staatlichkeit*. Der Staat regelt nicht mehr allein und eigenständig das Bildungssystem, sondern ermöglicht und integriert „die private Erbringung von Leistungen“ (Franzius 2007, S. 1f.). Neu an dieser „Zumutung an die Art der staatlichen Aufgabenerfüllung“ ist, dass der Staat nicht traditionell und durch seine hoheitliche Position gesellschaftliche Verhältnisse direktiv steuert (vgl. Kaufmann 1994, S. 31). Seine Regulierungs- und Informationsfunktion nimmt der *Gewährleistungsstaat* nicht mehr durch die Intervention als „Erfüllungsverantwortung“, sondern durch eine „Gewährleistungsverantwortung“ wahr (vgl. Schuppert 2004). Die Erbringung öffentlicher Aufgaben, so auch im Schulwesen, überlässt dieser Staat (auch) nichtstaatlichen Akteuren, wie er es in der Bundesrepublik Deutschland traditionell bereits in der vorschulischen wie beruflichen Bildung und Weiterbildung tut. Lediglich zur Überwachung und Regulie-

rung des Prozesses der Leistungserbringung oder Aufgabenerfüllung wird dieser Staat aktiv.

Auch die *rechtlichen und ökonomischen Entwicklungen im globalen bzw. europäischen Rahmen* werden zu einer zunehmenden internationalen Vernetzung führen und den Einfluss internationaler Organisationen bei der Gestaltung und Evaluation nationaler Bildungssysteme spürbar verstärken. Ein „edukativer Multilateralismus“, also die wachsende Bedeutung von OECD, UNESCO, Weltbank oder WTO auf die Gestaltung nationaler Bildungs(angebots-)Systeme (vgl. Füssel/Leschinsky 2008, S. 134–137; Mundy 2007a; 2007b), zeichnet sich deutlich in internationalen Handelsabkommen wie dem General Agreement on Trade in Services (GATS) ab. „Bildung als Dienstleistung“ wird danach u.a. im Bereich der beruflichen Bildung Veränderungen sowohl in der Angebotsstruktur wie bei der Alimenterung von Bildungsangeboten und -institutionen zur Folge haben (vgl. u.a. Scherrer 2007; Rux 2003).

So wie im staatlichen Schulwesen – in Reaktion auf Schulkritik, internationale Schulleistungsvergleiche und mangelnde Accountability – eine evidenzbasierte Steuerung mit Instrumenten marktwirtschaftlicher Organisationsentwicklung zu etablieren versucht wird (vgl. u.a. Belfield 2002; Bellmann 2006), expandieren in diesem Bedingungsgefüge private Schulen jeglicher Provenienz. In Schulleistungsvergleichen können diese in Deutschland zwar nicht ihre (Leistungs-)Überlegenheit demonstrieren (vgl. Schümer/Weiß 2008; Weiß 1993; 2008; Weiß/Preuschhoff 2004; 2006). Dennoch werden – durch die o.g. gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Trends – traditionelle Privatschulträger aufgewertet. Zudem wird die Etablierung von *Privatschulen neuen Typs* als Akteure im deutschen Schulsystem möglich. In der internationalen Diskussion wird diese privatwirtschaftlich organisierten Schul- und Bildungslandschaft auch als „Bildungsindustrie“ gekennzeichnet (vgl. Hentschke 2007). Ein Etikett, das der deutsche private Bildungssektor angesichts des wirtschaftlichen Gesamtvolumens und im Vergleich mit anderen Staaten wie z.B. Japan (noch) nicht verdient (vgl. Beitrag von Julian Dierkes in diesem Heft). Aber da, wo Bildung für die deutsche Mittelschicht das „Vehikel der Abgrenzung“ nach unten wird (vgl. Henry-Hutmacher 2008, S. 11), verspricht vor allem die Absetzung vom staatlichen Schulwesen und die Hinwendung zu privaten Schulen eine wirkungsmächtige und nachhaltige Alternative zu sein. Gleichzeitig vermittelt sie das Gefühl, für den eigenen Nachwuchs in punkto (Schul-)Bildung Alles zu tun, um ihm optimale Zukunftschancen zu sichern.

Die rechtliche Stellung privater Schulen im deutschen Schulsystem sowie ihre sozialen und pädagogischen Funktionen

Rechtlich ist die Gründung und Unterhaltung privater Schulen im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 7, Absatz 4 und 5 festgeschrieben. Hier heißt es, dass private Schulen als „Ersatz für öffentliche Schulen“ einer staatlichen Genehmigung bedürfen und den jeweiligen Landesgesetzen unterstehen. Eine Genehmigung ist dann zu erteilen,

„wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist“ (GG, Art. 7, Abs. 4).

Absatz 5 des Artikels verweist auf die Genehmigung von privaten Volks-, also Grund- und Hauptschulen. Lediglich unter Annerkennung eines „besondere(n) pädagogische(n) Interesse(s)“ oder wenn die Schule als „Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule“ errichtet werden soll und eine staatliche Schule gleicher Art nicht bereits in der Gemeinde besteht, kann eine Zulassung erfolgen (GG, Art. 7, Abs. 5). Bei den *Ersatzschulen* handelt es sich also um private Schulen, die in ihrer Struktur und Funktion staatlichen Schulen entsprechen. Die Ländergesetze regeln gemäß dieser Grundgesetzvorgabe neben der Genehmigung und Aufsicht dieser Schulen auch deren staatliche Anerkennung. Sie können den *Ersatzschulen* das Recht zuerkennen, „nach den für die entsprechenden staatlichen Schulen geltenden Vorschriften Prüfungen abzuhalten und Zeugnisse zu erteilen, die die gleichen Berechtigungen verleihen wie die der staatlichen Schulen“ (vgl. z.B. Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft vom 5.03.2003, geändert am 23.12.2005, § 9).

Neben diesen *Ersatzschulen* regeln die Landesgesetze auch die Genehmigung und mögliche staatliche Anerkennung einer weiteren juristischen Form privater Schulen, der *Ergänzungsschulen*. Diese sind alle privaten Schulen, die nicht *Ersatzschulen* sind. Ihre Errichtung ist den zuständigen Ministerien i.d.R. drei Monate vor Unterrichtsbeginn durch Vorlage des Lehrplans, des Nachweises des Schulträgers, über die Vorbildung des Schulleiters und der Lehrkräfte wie der Schuleinrichtung anzuzeigen. Eine staatliche Anerkennung ist für „bewährte“ *Ergänzungsschulen* entsprechend den Regelung bei *Ersatzschulen* möglich (vgl. z.B. ebd., § 13).

Da das Grundgesetz Privatschulen als *Ersatzschulen* grundsätzlich garantiert, ist der Staat darüber hinaus verpflichtet, sie „durch Subventionen existenzfähig zu halten“ (Füssel/Leschinsky 2008, S. 198). Die Ländergesetze bestimmen dabei den Umfang staatlicher Finanzhilfe, die i.d.R. eine Beteiligung an den Kosten für die Lehrkräfte, aber auch des Schulaufwandes und für Baumaßnahmen vorsieht. Einzelne Landesgesetze sehen darüber hinaus auch staatliche Finanzhilfen für *Ergänzungsschulen* vor. Ein Zuschuss kann dabei „nach Maßgabe des Landeshaushalts“ wie bei den *Ersatzschulen* erfolgen (vgl. z.B. Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft vom 5.03.2003, geändert am 23.12.2005, § 21).

Nicht zuletzt auf Grund des Sonderungsverbot es sind die staatlichen Finanzhilfen für den Staat auf der einen und die *Ersatzschulen* auf der anderen Seite entscheidende Elemente der Steuerung bzw. der Einrichtung und Unterhaltung der Schulen. In den einzelnen Bundesländern sind dabei die schülerbezogenen Zuschüsse („Kopfsatz“) bei den Personalkosten der allgemein bildenden Schulen grundlegend. Sie werden den privaten Schulen gewährt, sobald jene i.d.R. drei Jahre „in Betrieb“ sind. Diese Sätze sind von

Land zu Land und innerhalb der Länder von Schulform zu Schulform unterschiedlich und liegen zwischen ca. 60% und 93% des ‚Kopfsatzes‘ staatlicher Schulen. Hinzu kommen sonstige Arten der Finanzhilfe wie Baukosten oder die Beteiligung an der Schülerbeförderung sowie pauschalisierte Jahresbeiträge pro Schüler (vgl. Kultusministerkonferenz 2006). Von Seiten der *Ersatzschulen* und ihrer Träger wird diese finanzielle „Ungleichbehandlung“, die Schulgeldzahlungen i.d.R. orientiert am Einkommen der Eltern für den Betrieb der *Ersatzschulen* notwendig macht,¹ regelmäßig als „Wettbewerbsnachteil“ und „staatliche Unterfinanzierung“ öffentlich kommuniziert (vgl. u.a. Klein 2007, S. 38–48).

Die gegenwärtige Expansion privater Schulen ist in ihrer Dynamik sowie der Qualität des gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungsgefüges zwar neuartig. Doch stehen die sich damit verbindenden Fragen nach den *sozialen* und *pädagogischen* Funktionen privater Schule nicht erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wiederholt zur Diskussion. Dabei wird stets auf folgende zwei Dimensionen Bezug genommen: Die *soziale* Funktion privater Schulen wird in der Substitution eines fehlenden oder als unzureichend angesehenen Angebots staatlicher Schulen gesehen. Zudem kommt Privatschulen bei der Reproduktion von Eliten bzw. von sozialem Status, aber auch der Legitimation sozialen Aufstiegs im Generationenwechsel ein wesentlicher Anteil zu. Hier wirke ein „sozialer Reservemechanismus“ (vgl. Roeder 1979), der die im staatlichen Schulwesen – vor allem bezogen auf das Gymnasium, aber bereits in der Grundschule einsetzend – abnehmende Status vermittelnde Funktion kompensiert bzw. dies verheißt. In der Beschreibung von privaten Schulen als spezifischen „Institutionen-Milieu-Komplexen“ zur Elitenrekrutierung kann besonders hier eine spezifische Passung von sozialem Milieu und Schule festgestellt werden (vgl. Kalthoff 1997; Helsper 2006). Schließlich dienen Privatschulen auch der Bewahrung kulturell-religiöser wie nationaler Identität (vgl. Picht 1971; Roeder 1979, S. 15–25). Letzteres wird primär für klassische Einwanderungsgesellschaften wie die USA oder Israel als grundlegend betont (vgl. Kraushaar 1972; Bar-Lev 1979; Levin 1979), trifft aber auch für Deutschland zu, wie die aktuelle Diskussion um die Errichtung türkischer Schulen zeigt (vgl. u.a. Süddeutsche Zeitung vom 13.2.2008).

Die *pädagogische* Funktion von Privatschulen im Schulsystem hebt ab auf die angenommene Bedeutung privater Schulen für die Innovation des schulischen Feldes insgesamt. Privatschulen gelten weithin als Orte zur Entfaltung unkonventioneller pädagogischer und schulorganisatorischer Ideen, wo Reformen erprobt oder im Konsens mit den Eltern erweiterte Erziehungsaufgaben wahrgenommen werden (vgl. Schäfer/Edelstein/Becker 1971; Goldschmidt 1979; Röhrs 1986; Kemper 1991; Tillmann 2003). Historisch betrachtet ergeben sich hierfür jedoch wenig Belege. Vielmehr zeigt sich, dass sich Reforminitiativen ebenso im staatlichen Schulwesen realisieren lassen. Der Erfolg privater Schulen ist üblicherweise eng an das persönliche Wirken der Gründer und Träger

1 Das Bundesverfassungsgericht hat 1994 festgestellt, dass Schulgelder in einer Größenordnung von DM 170 bis 190 das Maß überstiegen, das Eltern zahlen könnten und so gegen das Sonderungsverbot verstießen (vgl. Avenarius/Heckel 2000, S. 211).

gebunden, sofern jene nicht in einer Lehre (z.B. Waldorf-, Montessori-, Jena-Plan-Pädagogik) institutionalisiert werden (vgl. Roeder 1979, S. 27f.; Röhrs 1986; Kemper 1991). Zudem sind explizite Reformintentionen nur bei einem Teil privater Schulen zu verorten. Mehrheitlich sind jene in der pädagogischen Orientierung eher traditionell-konventionell, sehen ihre Aufgabe in einer kontrollierten und zuverlässigeren Wissensvermittlung bzw. bauen auf den weltanschaulichen oder religiösen Konsens mit den Eltern (vgl. Roeder 1979, S. 30f.).

Bei der gegenwärtigen Etablierung privater Schulen vielfältigster Art im Primar- und Sekundarbereich ziehen besonders die Schulen *neuen Typs* – vor dem Hintergrund rechtlicher Rahmen und der sozialen wie pädagogischen Funktionalisierung – besondere Aufmerksamkeit auf sich. Ob als *Ergänzungs-* oder *Ersatzschulen*, mit oder ohne staatliche Anerkennung verzeichnen die Schulen der PHORMS Management AG oder sonstige internationale Metropolitan Schools – trotz z.T. hohen Schulgeldes – durch Bilingualität, Ganztagsunterricht und einen die Sozialität des Besseren versprühenden Habitus Zuspruch bei den Eltern unter „Bildungsdruck“.² Ihre Attraktivität wird im Sekundarbereich besonders augenfällig. Neben dem deutschen Abitur verleihen sie auch international anerkannten Abschlüsse wie das International Baccalaureate Diploma (IB) im Sekundarbereich II, das auch in Deutschland unter bestimmten Bedingungen zum Studium wie in über 100 Staaten weltweit berechtigt.³ Mit Blick auf ein Studium und die berufliche Positionierung des eigenen Nachwuchses in einer globalisierten Welt scheint das IB damit eine Alternative zum deutschen Abitur zu sein. Letzteres steht ohnehin unter Druck, an Status vermittelnder Funktion zu verlieren. Der Bedeutungsverlust des Abiturs könnte mittelfristig durch die gleichzeitige Expansion des Gymnasialbesuchs wie den Anstieg der Abiturquote gefördert werden. Was wiederum Zertifikate wie das IB und die es vermittelnde schulische Einrichtungen für Eltern und Schüler spezifischer Milieus attraktiv macht.

Gesellschaftliche Folgen und Herausforderung an das schuladministrative Steuerungshandeln – Ein (vorläufiges) Fazit und ein Forschungsprogramm

Die PHORMS Management AG als Träger privater vor- und allgemein bildender Schulen in sechs deutschen Großstädten steht mit den o.g. Merkmalen von Schulorganisation

-
- 2 Die hohe Zahl von Kindern auf den Warteliste der PHORMS-Schulen (vgl. Interview mit Béa Beste, Vorstandsvorsitzende und Gründerin von PHORMS, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28.1.2009) geben Hinweise auf die quantitative Dimension der Eltern unter „Bildungsdruck“.
 - 3 Unberücksichtigt bleibt dabei die Herausforderung einer notwendigen Adaption dieses Curriculums an je nationale Gegebenheiten bzw. lokale oder regionale „lebensweltliche“ Bezüge der Schüler. Das Abitur als Abschluss wird häufig auch an diesen Schulen angeboten und an Schulen ohne staatliche Anerkennung in Kooperation mit staatlichen oder staatlich anerkannten Schulen verliehen.

und -alltag exemplarisch für den neuen Typ von Privatschulen. Für die Aufnahme an diese vorschulischen und schulischen Einrichtungen wird nach Selbstauskunft ein „ausgewogenes Verhältnis von Kindern aus vermögenden wie weniger vermögenden Elternhäusern“ geschätzt.⁴ Dieses soll über Auswahlverfahren, die den sozio-ökonomischen Hintergrund der Schüler berücksichtigen, hergestellt werden. Was der „vielschichtigen täglichen Lebenswelt“ im Sinne der PHORMS-Schulen entspricht wird deutlich, wenn man den Schulbeitragsrechner auf der Homepage aktiviert. Je nach Schulstufe und Haushaltseinkommen sind mindestens € 230,-/Monat (Grundschule/Berlin-Mitte) zu entrichten, eine Aufnahmegebühr in Höhe von € 575,- und die Kosten für Mittagessen in Höhe von € 70,- sowie den Hort. Für einen Platz am Gymnasium in Berlin-Mitte sind mindestens € 400,-/Monat und eine Aufnahmegebühr von € 1.000,- zu zahlen.⁵

Was man dafür verlangen kann, ist die schulische Erziehung von Kindern und Jugendliche zu „unabhängigen Denkern und Handelnden“. Es ist eine im breitesten Sinne „unternehmerische Persönlichkeit“, die durch „hohe Bildungsqualität, eine ansprechende und niveauevolle Ganztagsbetreuung, die individuelle Förderung von Talenten sowie bilingualen Unterricht auf Deutsch und Englisch“ entwickelt wird. Individuelle Eigenschaften, die sich hierbei einstellen oder ausgebaut werden sollen, sind „Zielstrebigkeit, Engagement und Einsatz, Verantwortungsbewusstsein, Exzellenz, Risikobereitschaft, Selbständigkeit, Ergebnisorientiertheit, Optimismus, Toleranz und Kommunikationsbereitschaft“. Voraussetzungen oder Kompetenzen eben, die es ermöglichen „den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf Augenhöhe begegnen“ zu können.⁶

Der „unternehmerischen Persönlichkeit“ und der Attraktivität derartiger Schulangebote für spezifische soziale Schichten in Deutschland stehen andere Leitbilder privater Schulen wie z.B. „Gemeinschaft Leben Lernen“ des katholischen Gymnasiums Marianum in Meppen (Schulgeld € 40,-/Monat) gegenüber. Die Heterogenität der Leitbilder – mehr noch als die Höhe des Schulgeldes – deuten auf die „Angebotssensibilität“ des deutschen Privatschulwesens hin. Sie spiegeln damit die Breite der „Bürgerlichen Mitte“, für die der Privatschulbesuch ihrer Kinder erwägenswert, ja vernünftig erscheint, als logische Folge im Ursachengefüge des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels. Unterschiedliche Mittelschichtmilieus werden von unterschiedlichen Typen privater allgemein bildender Schulen angesprochen. Dabei kann die Expansion des neuen Typs innerhalb des deutschen Privatschulwesens zu Verschiebungen führen, wonach eine eher ökonomisch orientierte Mittelschichtklientel von den neuen, international ausgerichteten Akteuren angesprochen wird. Traditionelle private Schulen hingegen werden sich an dieser Herausforderung messen lassen müssen und einen relativen Bedeu-

4 Verfügbar unter: <http://www.phorms.de/index.php?id=1570>, 25.11.2008.

5 Auf die begrenzte steuerliche Absetzbarkeit von Elternbeiträgen zum Privatschulbesuch wird ohne Gewähr auf der Homepage hingewiesen. Im Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 ist der steuerlich absetzbare Höchstbetrag für das Schulgeld von € 3.000 auf € 5.000 angehoben worden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4.12.2008).

6 Verfügbar unter: <http://www.berlin.phorms.de/index.php?id=1526&L=0>, 25.11.2008.

tungsverlust bei diesem Teil ihrer (potentiellen) Klientel hinnehmen. Gleichzeitig gewinnen sie durch den neuen allgemeinen Zuspruch zu privaten Schulen wie von ihrer neuen Attraktivität für „nachrückende“ Milieus, ggf. auch jenseits der „Bürgerlichen Mitte“.

Der (subtile oder tatsächliche) staatliche Herrschaftsverlust im Schulwesen, bzw. über einen wichtigen Teil davon, eröffnet spezifischen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus diejenige Macht, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstrebendes durchzusetzen“, wie Weber definierte (1964, S. 38). Durch eine mannigfaltige Expansion des privaten Schulwesens verschärft sich damit eine Tendenz, die im Schulsystem grundsätzlich angelegt ist und die – ohnehin in Deutschland vernachlässigte – soziale Ausgleichs- und Integrationsfunktion von (öffentlicher) Schule nachhaltig in Frage stellt. Während sensu Bourdieu die Schule für die „Kinder aus den vermögenden Klassen“ generell zur „Ordnung der Dinge“ gehört (Bourdieu 2001, S. 22), determiniert die Privatschulexpansion – vor allem der neue Typ – quasi eine eigene Schulform für die (ökonomische) Elite, die eine vertiefende Desintegration gesellschaftlicher Milieus zur Folge haben könnte. Hier gewährte Stipendien für „Begabte aller Schichten“, die in einem wesentlich geringerem Maß als bspw. in den USA zur Verfügung gestellt werden, werden ihre sozial ausgleichende Funktion erst noch unter Beweis stellen müssen. Weitaus breiter als über die bekannten exklusiven Schulen wie Salem deutet sich hier ein „Abschied von der Gesellschaft“, ein Ausgeschlossenensein des oberen bis mittleren Segments der sozialen Strata an. Dies kündigt so nachhaltig vom Ende des Traums von einer gerechten Gesellschaft (vgl. Bude 2008), von der Schule als öffentlichem Ort des Erwerbs sozialer Kompetenz im Umgang mit anderen, der „Heranbildung verantwortlicher Staatsbürger, die gleichberechtigt und verantwortungsbewusst an den demokratischen Prozessen in einer pluralistischen Gesellschaft teilhaben“ (BVerfG, 2 BvR 1693/04 vom 31.5.2006).

Die Frage, ob sich die Privatschulen im Sekundarbereich zu „Eliteschmieden“ der (oberen) Mittelschicht entwickeln könnten, dürfte entscheidend von der Entwicklung des staatlichen Gymnasiums abhängen. Ob letztere bspw. durch die Einrichtung bzw. den Ausbau bilingualer Züge ihre Position behaupten und (neue) Attraktivität erlangen können, wird sich zeigen. Die Durchsetzung von zweigliedrigen Schulsystemen in den Bundesländern, also von formaler schulischer Entdifferenzierung bei gleichzeitig wachsender Gymnasial- und Abituraspiration könnte aber auch eine Karawane in Gang setzen, die die Mittelschicht zur Privatschulalternative treibt. Private Gymnasien für bildungsbewusste Deutschtürken in verschiedenen deutschen Städten (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4.12.2008) sind hier lediglich unterstützende Symptome für das Abfallen vom staatlichen Gymnasium. Vielmehr ist ihre Existenz Ausdruck eines nachhaltigen Misstrauens gegenüber dem staatlichen deutschen Bildungswesen, selbst gegenüber seiner Leitinstitution.

In den ländlichen Regionen Deutschland stellen sich andere Herausforderungen. Wie die o.g. Zahlen für Ostdeutschland andeuten, ist hier ein Trend zu beobachten, der private Träger vor allem im Primarschulbereich quasi als Surrogat staatlicher Verantwortung in Szene setzt. Dabei übernehmen private, häufig kirchliche Träger ehemals

staatliche Einrichtungen, die auf Grund des Schülermangels und der schulrechtlichen Vorgaben über Klassenmindestgrößen geschlossen wurden. Die im Ergebnis von Schulschließungen und -zusammenlegungen zu erwartenden oder tatsächlichen langen Schulwege fordern das Eltern- und eben Privatschulengagement geradezu heraus. Überzeugen deren Konzepte – oder einfach nur der Umstand der Wohnortnähe – werden die staatlichen Schulen des Einzugsgebietes weiter folgenreich ausgedünnt (vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.2.2008).

Derartige Schlussfolgerungen zu den Effekten der gegenwärtigen Expansion privater Schulen in Deutschland sind zurzeit noch deutlich spekulativ, zumal es an empirischer Forschung hierzu fehlt. Der Expansionsprozess privater Schulen sollte systematisch beschrieben und das gesellschaftliche, rechtliche sowie ökonomische Bedingungsgefüge weiter spezifiziert werden. Die unterschiedlichen Akteure im deutschen Privatschulwesen und vor allem das Schulwahlverhalten und seine Motive sind für den deutschen Kontext kaum untersucht (vgl. Back 2007). Auch bedarf es weiterführender Untersuchungen zu den Schulleistungen privater Schulen, die deren pädagogisch-didaktische Arbeit und Unterrichtspraxis und ihre Erträge in den Blick nehmen. Aber vor allem unter dem Gesichtspunkt schuladministrativer Steuerung des Privatschulsegmentes und der Folgen für die Entwicklung des staatlichen Schulwesens in Deutschland ergeben sich gesellschaftspolitisch relevante Forschungsfragen. Sie führen in ein Forschungsprogramm, das mit dem Governance-Paradigma die Expansion wie die Steuerung des privaten Schulwesens zu beschreiben und zu analysieren verspricht, zudem schulsystemische Entscheidungen als Ergebnis einer Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zu deuten zulässt. In der deutschen wie internationalen erziehungswissenschaftlichen und Schulforschung hat das verwaltungs- und politikwissenschaftlich institutionalisierte Governance-Paradigma zur Beschreibung und Analyse von Steuerungshandeln und -logik im staatlichen Schulwesen bereits Verbreitung gefunden (vgl. Altrichter/Brüsemeister/Wissinger 2007; Heinrich 2007; Langer 2008; Tillmann u.a. 2008). Für die Untersuchung von Privatschulen stellte es ein Novum dar. Zur Erfassung der Formen und Mechanismen der schulpolitischen, schuladministrativen und schulpraktischen Koordination bei der Errichtung, Etablierung und Entwicklung privater Schulen in Deutschland unter Einbeziehung aller Akteure ist Governance ein analytisch zweckmäßiger Oberbegriff. Er eröffnet die Beschreibung sämtlich vorkommender „Muster der Interdependenzbewältigung“ (Benz u.a. 2007, S. 13) im (Privat-)Schulbereich. Im Ergebnis werden gleichzeitig Rückschlüsse auf das gesamte deutsche Schulsystem möglich, auf die Dynamik und gesellschaftspolitischen Folgen einer möglichen sozialen Bildungssegregation wie letztlich auf die meritorische Herstellung und nachhaltige Sicherung von Bildung als kollektivem oder öffentlichem Gut (Vgl. Altrichter/Brüsemeister/Wissinger 2007, S. 25).

Literatur

Altrichter, H./Brüsemeister, Th./Wissinger, J. (Hrsg.) (2007): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem. Wiesbaden: VS Verlag.

- Avenarius, H./Heckel, H. (2000): Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft. Neuwied: Luchterhand.
- Back, F. (2007): Die Wahl der Schule. Empirische Befunde für Gymnasien, Privatschulen und Schuleigenschaften. Diss. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- Bar-Lev, M. (1979): Das Torastudium in der jüdischen Gesellschaft. Der „Cheder“ und die „Jeschiwa“ in der Diaspora und in Israel. In: Goldschmidt, D./Roeder, P.M. (Hrsg.): *Alternative Schulen? Gestalt und Funktion nichtstaatlicher Schulen im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 489–509.
- Belfield, C.R. (2002): The Privatization and Marketization of US Schooling. Economic Reforms, Theory and Evidence. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 5, S. 222–240.
- Belfield, C.R./Levin, H.M. (2005): *Privatizing Educational Choice. Consequences for Parents, Schools, and Public Policy*. Boulder/London: Paradigma Publishers.
- Bellmann, J. (2006): Bildungsforschung und Bildungspolitik im Zeitalter ‚Neuer Steuerung‘. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 52, S. 487–504.
- Benz, A./Lütz, S./Schimank, U./Simonis, G. (Hrsg.) (2007): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Arbeitsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bourdieu, P. (2001/1971): Wie die Kultur zum Bauern kommt. In: Ders. (Hrsg.): *Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik*. Hrsg. von Margareta Steinrücke. Hamburg: VSA-Verlag, S. 14–24.
- Bude, H. (2008): *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. München: Hanser.
- Caruso, M. (2009): Experimentierfeld einer neuen Regierbarkeit. Die Einführung von Bildungsgutscheinen in Chile und der Aufstieg der Bildungsexperten. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55, S. 97–112.
- Chubb, J.E./Moe, T.M. (1990): *Politics, Markets, and America's Schools*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Deutscher Bundestag (2008): Gesetzentwurf der Abgeordneten Patrick Meinhardt u.a. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 7 Abs. 5). Drucksache 16/10235 vom 16.09.2008.
- Ecarius, J./Wigger, L. (Hrsg.) (2006): *Elitebildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussionen und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Franzius, C. (2007): *Der Gewährleistungsstaat*. Vortrag am 1.2.2007 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer (Verfügbar unter: <http://www.claudio-franzius.de/FranziusC/texts/gewaehrleistungsstaat.pdf>, 13.05.08).
- Füssel, H.-P./Leschinsky, A. (2008): Der institutionelle Rahmen des Bildungswesens. In: Cortina, K. S. u.a. (Hrsg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick*. Reinbek: Rowohlt, S. 131–203.
- Gellert, C./Ritter, R. (1985): The Private School System of the Federal Republic of Germany. In: *European Journal of Education* 20, pp. 339–349.
- Goldschmidt, D. (1979): *Alternative Schulgestaltung? Der Weg der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin*. In: Goldschmidt, D./Roeder, P.M. (Hrsg.): *Alternative Schulen? Gestalt und Funktion nichtstaatlicher Schulen im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 315–347.
- Heinrich, M. (2007): *Governance in der Schulentwicklung. Von der Autonomie zur evaluationsbasierten Steuerung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Helsper, W. (2006): Elite und Bildung im Schulsystem. Schulen als Institutionen-Milieu-Komplex in der ausdifferenzierten Bildungslandschaft. In: Ecarius, J./Wigger, L. (Hrsg.): *Elitebildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussionen und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 162–187.

- Henry-Hutmacher, C. (2008): Eltern unter Druck. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie (Verfügbar unter: www.kas.de/upload/dokumente/2008/02/080227_henry.pdf; 20.11.08).
- Hentschke, G.C. (2007): Characteristics of Growth in Education Industry – Illustrations from US Education Businesses. In: Martens, K./Rusconi, A./Leuze, K. (Hrsg.): *New Areas of Educational Governance. The Impact of International Organizations and Markets on Educational Policy Making*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, pp. 176–194.
- Herbst, J. (2006): *School Choice and School Governance. A Historical Study of the United States and Germany*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- Holtappels, H.G./Rösner, E. (1986): Privatschulen: Expansion auf Staatskosten? In: *Jahrbuch der Schulentwicklung*. Band 4. Weinheim/Basel: Beltz, S. 211–235.
- Kalthoff, H. (1997): *Wohlerzogenheit. Eine Ethnographie deutscher Internatsschulen*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kaufmann, F.-X. (1994): Diskurse über Staatsaufgaben. In: Grimm, Dieter (Hrsg.): *Staatsaufgaben*, Baden-Baden: Nomos, S. 15–41.
- Kemper, H. (1991): *Wie alternativ sind alternative Schulen? Theorie, Geschichte und Praxis*. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- Klein, H. (2007): *Privatschulen in Deutschland. Regulierung, Finanzierung, Wettbewerb*. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Köhler, H. (1979): Die private Schule in der amtlichen Statistik. In: Goldschmidt, D./Roeder, P. M. (Hrsg.): *Alternative Schulen? Gestalt und Funktion nichtstaatlicher Schulen im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 175–196.
- Kraushaar, O.F. (1972): *American Nonpublic Schools. Patterns of Diversity*. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- Kultusministerkonferenz (2006): Übersicht über die Finanzierung der Privatschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Beschluss der KMK vom 12.3.2004 i.d.F. vom 22.6.2006 (Verfügbar unter: http://www.kmk.org/doc/beschl/Uebersicht_Privatschulfinanzierung_22-06-2006.pdf (26.11.2008)).
- Langer, R. (2008): ‚Warum tun die das?‘ Governanceanalysen zum Steuerungshandeln in der Schulentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Levin, H.M. (1979): Privatschulen im Gesellschaftsgefüge der USA. In: Goldschmidt, D./Roeder, P.M.: *Alternative Schulen? Gestalt und Funktion nichtstaatlicher Schulen im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 599–616.
- Lohmann, I./Rilling, R. (Hrsg.) (2002): *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mitter, W. (1996): Staat und Markt im internationalen Bildungswesen aus historisch-vergleichender Sicht – Gegner, Konkurrenten, Partner? In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 35. Beiheft, S. 125–142.
- Mundy, K. (2007a): Global governance, educational change. In: *Comparative Education* 43, pp. 339–357.
- Mundy, K. (2007b): Educational Multilateralism. Origins and Indications of Global Governance. In: Martens, K./Rusconi, A./Leuze, K. (Hrsg.): *New Areas of Educational Governance. The Impact of International Organizations and Markets on Educational Policy Making*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, pp. 19–39.
- Picht, G. (1971): Vorwort. In: *Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen* (Hrsg.): *Freie Schule. Gesellschaftliche Funktion des Freien Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Begründung und Darstellung*. Stuttgart: Ernst Klett, S. 9–11.
- Roeder, P.M. (1979): Einleitung. In: Goldschmidt, D./Roeder, P. M. (Hrsg.): *Alternative Schulen? Gestalt und Funktion nichtstaatlicher Schulen im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 11–35.

- Röhrs, H. (Hrsg.) (1996): Die Schulen der Reformpädagogik heute. Handbuch reformpädagogischer Schulideen und Schulwirklichkeit. Düsseldorf: Schwamm.
- Rux, J. (2003): PISA und GATS als Katalysator für die weitere Privatisierung des Bildungswesens. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 51, S. 239–251.
- Schäfer, W./Edelstein, W./Becker, G. (1971): Probleme der Schule im gesellschaftlichen Wandel. Das Beispiel der Odenwaldschule. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Scherrer, C. (2007): GATS – Commodifying Education via Trade Treaties. In: Martens, K./Rusconi, A./Leuze, K. (Hrsg.): *New Areas of Educational Governance. The Impact of International Organizations and Markets on Educational Policy Making*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, pp. 117–135.
- Schümer, G./Weiß, M. (2008): Bildungsökonomie und Qualität der Schulbildung. Kommentar zur bildungsökonomischen Auswertung von Daten aus internationalen Schulleistungsstudien. Frankfurt a. M.: GEW.
- Schuppert, G.F. (2004): Der Gewährleistungsstaat – ein Leitbild auf dem Prüfstand. In: *WZB-Mitteilungen*, H. 104, S. 7–10.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2008): *Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007): *Bildung und Kultur. Private Schulen. Schuljahr 2006/07*. Fachserie 11, Reihe 1.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008): *Bildung und Kultur. Private Schulen. Schuljahr 2007/08*. Fachserie 11, Reihe 1.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stumberger, R. (2008): Ayurveda statt Kreti und Pleti. Die neuen Nobel-Kitas. In: *Telepolis* vom 30.03.2008 (Verfügbar unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27553/1.html, 19.11.2008).
- Tillmann, K.-J. (2003): Rochows Erben. Über Versuchsschulen und das Regelschulwesen. In: *Neue Sammlung* 43, S. 461–475.
- Tillmann, K.-J. u.a. (2008): PISA als bildungspolitisches Ereignis. Fallstudien aus vier Bundesländern. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ullrich, H./Strunck, S. (2009): Zwischen Kontinuität und Innovation: Aktuelle Entwicklungen im deutschen Privatschulbereich. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55, S. 228–243.
- UNESCO (2007): *Education for All by 2015. Will we make it?* Oxford: Oxford University Press.
- Weber, M. (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Studienausgabe hrsg. von Johannes Winckelmann. Erster Halbband. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Weiß, M. (1993): Der Markt als Steuerungssystem im Schulwesen? In: *Zeitschrift für Pädagogik* 39, S. 71–84.
- Weiß, M. (2008): Bessere Bildungsqualität durch Privatschulen? Anmerkungen zu einem aktuellen Thema. In: *Die Deutsche Schule* 100, S. 166–174.
- Weiß, M./Preuschoff, C. (2004): Schülerleistungen in staatlichen und privaten Schulen im Vergleich. In: Schümer, G./Tillmann, K.-J./Weiß, M. (Hrsg.): *Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 29–73.
- Weiß, M./Preuschoff, C. (2006): Gibt es einen Privatschuleffekt? Ergebnisse eines Schulleistungsvergleichs auf der Basis von Daten aus PISA-E. In: Weiß, M. (Hrsg.): *Evidenzbasierte Bildungspolitik: Beiträge der Bildungsökonomie*. Berlin: Dunker & Humblot, S. 55–72.
- Wolff, L.L./Navarro, J.J.C.C./González, P.P. (2005) (Hrsg.): *Private Education and Public Policy in Latin America*. Washington, D.C.: PREAL.

Abstract: Within the German school system, an expansion of private schools in the general educational and vocational field is to be witnessed. In this, different forms of private schools providing general education gain special public attention because they offer international degrees, bilingual instruction, or all-day schooling and are established in the larger German cities. But also traditional forms such as schools affiliated with a specific denomination, free schools, Waldorf or (private) Montessori schools are quite popular among parents and children with a specific social background. The authors describe the quantitative expansion of private schools and localize a pattern of conditions determined by different social, legal, and economic factors as the cause of this growth. Furthermore, consequences that may well be generalized and that affect the entire German school system are formulated and a requisite research program is outlined.

Anschrift der Autoren:

Dr. Thomas Koinzer, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät IV, Institut für Erziehungswissenschaften, Abt. Schultheorie, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Prof. Dr. Achim Leschinsky, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät IV, Institut für Erziehungswissenschaften, Abt. Schultheorie, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.